

**BRIEFE**

**Bildungsvielfalt für alle**

**Schwerer Denkfehler**

Zu «Die Schule muss im Dorf bleiben» («Meinung» von Georges Thüring, «Volksstimme» vom 11. März, Seite 2).

Georges Thüring geht in seiner «Meinung» davon aus, dass die Finanzierung von staatlich anerkannten Schulen in privater Trägerschaft «zwangsläufig zu einem schwer kontrollierbaren Anstieg der Bildungsausgaben führen» würde. Ganz eindeutig macht er dabei schwere Denkfehler: Jedes Kind im Kanton hat das Recht auf unentgeltliche Volksschulbildung, ausserdem gilt die Schulpflicht. Daher kann es auch nach der Annahme der Initiative nicht plötzlich wesentlich mehr Schüler geben und damit auch nicht wesentlich höhere Kosten.

Nach dem Willen der Initianten sollen Schulen in nicht staatlicher Trägerschaft den Betrag für jeden Schüler vom Staat erhalten, den der Unterricht eines Schülers durchschnittlich an einer Staatsschule kostet. Bereits gebundenes Geld wird also dem Schüler folgen, der effektive Betrag kann sich aber nicht erhöhen. Aber die Ausbeute, die für diesen Betrag geleistete Bildungsarbeit dagegen sehr. Wahrscheinlich ist sogar ein gewisses Sparpotenzial. Denn die «weitgehende Bildungssicherheit» Thürings sieht in Tat und Wahrheit so aus, dass ein Drittel unserer Schulabgänger das gesetzte Ziel nicht erreichen und damit kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Ausserdem haben zurzeit in Basel-Stadt und Zürich rund die Hälfte aller Drittklässler bereits (sehr kostenaufwendige) Sondermassnahmen erhalten, die bei der freien Schulwahl durch die Eltern sicher geringer ausfallen. Denn vielfältige Kinder brauchen vielfältige Schulen. Wollen wir es im Baselbiet auch so weit kommen lassen?

Ich sage daher bereits heute deutlich und unmissverständlich Ja zur Initiative «Ja, Bildungsvielfalt für alle».

**Charlotte Weibel, Zunzgen**

**Wildwuchs?**

Jetzt schon bedürfen alle im Kanton Baselland tätigen nicht staatlichen Schulen einer Betriebsbewilligung und eine Delegation des Amtes für Volksschulen inspiziert diese Schulen regelmässig. Das wird bei Annahme der Volksinitiative «Ja, Bildungsvielfalt für alle» auch weiterhin der Fall sein. Georges Thüring, trauen Sie unserem gut geschulten Bildungspersonal des Amtes für Volksschulen zu, dass es Wildwuchs zulässt? Wenn ja, müssten diese Beamten ja entlassen werden.

Mit dem Wort Wildwuchs tönen Sie auch an, dass Sie eine unüberschaubare Zahl von neuen nicht staatlichen Schulen erwarten. Wer dies tut, hat eine schlechte Meinung von der Staatsschule. Diese Meinung teile ich nicht, halte es aber dennoch für richtig, dass alle Eltern die Schule für ihre Kinder frei wählen können, wenn auch nur wenige davon Gebrauch machen werden. Erfahrungen im Ausland zeigen näm-

lich, dass auch bei freier Schulwahl die meisten Eltern, wenn immer möglich, die nächstgelegene Schule wählen.

**Heini Mundwiler, Hölstein**

**Pionierarbeit**

Der Kanton Baselland hätte bei Annahme der Initiative «Ja, Bildungsvielfalt für alle» die einmalige Gelegenheit als Pionierkanton in die Schweizer Schulgeschichte einzugehen. Er würde als erster Kanton allen Kindern den uneingeschränkten Zugang zu allen staatlich bewilligten Schulen öffnen. Die bisherige Checkbuch-Pädagogik würde der Vergangenheit angehören. Mit der freien Schulwahl für alle und einem vielfältigen Bildungsangebot wird unser Kanton ein attraktiver Wohnort für junge Familien und auch ausländische Firmen. Für einmal nicht: «Mir wei luege», sondern innovativ, «mir wei handle!»

**Hansruedi Bischler, Hölstein**